sdnerBank
nkapital und Reserven
340 Millionen
gart · Cannstatt
lbronn Ulm

rein Neuenbürg e. V.
lplatz im „Breiten Tal".
onntag, 23. Januar 1921
2 Verbands-
Wettspiele .·.
enbürg I gegen Lomersheim I
„ II „ „ II
Eintritt 1 Mark.
Der Ausschuß.

Herrenalb.
ndungsfest
ortverein Herrenalb"
23. Januar im Hotel zur „Post".
nittags von 2—6 Uhr
lschafts-Spiele.
Abends 7 Uhr
ter Abend.
lassiges Programm.

olz-Kreissägen
chmierlagerung, 60 cm Blattdurchmes
, Illingen (Württ.), Telefon Nr.

hl,
d
ut.
der,
lung.
ler,
ngen,
ws,
reiswert
nger,
ri.
ür-
efel,
schönen
ler
gstr. 4.
chine
rein
Adler".

Birkenfeld.
Zwei noch neue
Kuhgeschirre,
eine eiserne
Egge,
ein neues
Spannsail
und 1 zweijährigen
Ziegenbock
zum Schlachten sofort zu verkaufen
Dietlingerstr. Nr. 30
Laden.

Gottesdienste
in Neuenbürg
Sonntag, den 23. Jan. 1921
(S. Septuagesimae)
10 Uhr Predigt (Matth. 19,27 bis 20,16; Lied 389: Wenn ich dich nur habe):
Dekan Dr. Megerlin.
½2 Uhr Christenlehre (Söhne):
Dekan Dr. Megerlin.
8 Uhr Bibelstunde im Waldrennach.
Mittwoch abends 8 U. Bibelstunde im Gemeindehaus:
Dekan Dr. Megerlin.

Katholisch. Gottesdienst
in Neuenbürg
Samstag, den 22. Januar 1921
6—7 Uhr abds. Beichtgelegenheit.
Sonntag, den 23. Januar 1921
8 Uhr morgens Beichtgelegenheit
8 u. ½9 Uhr Austeilung der hl. Kommunion.
9 Uhr Predigt und Hochamt.
½2 Uhr nachm. Christenlehre und Andacht.
An den Werktagen ist der Gottesdienst um ½8 Uhr.

Methodisten-Gemeinde
Unt. Gartenstraße Nr. 67
(Prediger E. Lang).
Sonntag vorm. 10 Uhr: Predigt.
„ 11¼ Uhr: Sonntagsschule.
Mittwoch abd. 8 Uhr: Bibelstunde.

Bezugspreis:
vierteljährlich in Neuenbürg ℳ 18.75. Durch die Post im Orts- und Oberamts-Verkehr sowie im sonstigen inländ. Verkehr ℳ 18.60 m. Postbes.-Geld.
Ist infolge von höherer Gewalt jeder Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.
Girokonto Nr. 24 bei der Oberamts-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis
die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 30 ₰, bei Auskunftserteilung durch die Geschäftsstelle 45 ₰ extra.
Reklame-Zeile ℳ 1.50, bei größeren Aufträgen entsprech. Rabatt, der in Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird.
Schluß der Anzeigen-Annahme tagsvor.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telef. Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 18. | Neuenbürg, Montag den 24. Januar 1921. | 79. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 22. Jan. Der Landtag wird am nächsten Donnerstag zusammentreten, um die vorliegenden Großen Anfragen zu erledigen. — Im württ. Finanzausschuß wurde bekanntgegeben, daß die Grund- und Gefällsteuer von 7,5 auf 11,7 Millionen Mark erhöht werden soll und daß ein neues Sportelgesetz in Vorbereitung sei. Der Abmangel des Etats 1920-21 sei auf 99 Millionen angewachsen.

Karlsruhe, 22. Jan. In allen deutschen Universitätsstädten veranstalteten die Studenten zur Feier des 18. Januar Fackelzüge. Auch die Karlsruher Studenten wollten einen Fackelzug veranstalten, aber die Polizei verbot es. Nunmehr hat die Zentrumsfraktion im badischen Landtage folgende Anfrage gestellt: „Welche Gründe haben die Regierung bestimmt, den für den 18. Januar von der Karlsruher Studentenschaft geplanten Fackelzug zu verbieten? — An der Universitätsfeier des 18. Januar in der Festhalle in Freiburg nahm auch Großherzog Friedrich teil.

Saarbrücken, 22. Jan. Die Hauptversammlung des Allgemeinen Eisenbahnerverbandes im Saarbahnenbezirk lehnte die Einführung des Frankenlohnes einstimmig ab. Sie erwartet von der Saarregierung, daß diese weder direkt noch indirekt einen Druck zur Einführung der Frankenlöhnung ausübt, sondern auch ohne französische Währung den Eisenbahnern das Existenzminimum gewährt.

Berlin, 22. Jan. Nach einer Pariser Meldung will Belgien im Gegensatz zu Frankreich und England an der Festsetzung der Gesamt-Entschädigungssumme festhalten, die Deutschland bis zum 1. Mai 1921 vertragsgemäß mitzuteilen ist.

Gegen französische Rachsucht.

Die Abg. Bickes (DV.), Dr. Schott (BB.), Scheef (DDP.) und Hanser (Z.) haben an die württembergische Staatsregierung folgende kleine Anfrage gerichtet: Nach Zeitungsmeldungen wurde in den letzten Tagen auf Grund eines französischen Auslieferungsbegehrens der zur Zeit in Wildbad lebende elsäßische Oberlehrer Jung in Haft genommen. Das Vorgehen der französischen Regierung soll damit begründet sein, daß Jung, der früher in Colmar wohnte, sich dort gemeiner Verbrechen schuldig gemacht habe. In Wirklichkeit scheint es sich für Frankreich jedoch darum zu handeln, einen ihm mißliebigen und politisch unbequemen Mann in seine Hände zu bekommen und damit unschädlich zu machen. Die Befürchtung ist nicht von der Hand zu weisen, daß mit diesem Fall der Anfang zu einer planmäßigen Verfolgung von Personen gemacht werde soll, die unter der Beschuldigung angeblicher politischer oder militärischer Verbrechen zur Befriedigung französischer Rachsucht ausgeliefert und abgeurteilt werden sollen. In weite Kreise der Bevölkerung hat der Vorgang in Wildbad eine große Erregung getragen, die durch die amtliche Erklärung zur Sache eher verstärkt als beseitigt worden ist. Ist das Staatsministerium in der Lage, eine die Gemüter beruhigende Erklärung abzugeben? Ist das Staatsministerium vor allem bereit, die Zusicherung abzugeben, daß württembergische Behörden sich nicht in den Dienst des französischen Rachebedürfnisses stellen werden und daß die Auslieferung Deutscher oder solcher Personen, die bei uns Gastrecht genießen, nur dann erfolgen wird, wenn die Beschuldigung eines gemeinen Verbrechens als gerechtfertigt nachgewiesen worden ist?

Haferumlage.

Der „Staatsanzeiger" schreibt u. a.: Die vom Reich vorgesehene Regelung des Haferaufkaufs durch Kommissionäre im Wege des Bezugsscheinverkehrs hat, da die Landwirte zum überwiegenden Teil mit der Abgabe des Hafers zurückhielten, zunächst vollständig versagt. Die württ. und andere Regierungen haben im November v. Js. bei den Reichsstellen aufs nachdrücklichste Vorstellung wegen der verfehlten Haferregelung erhoben und die sofortige Wiedereinführung des Umlageverfahrens beantragt. Es wurde hierauf mit der württ. landwirtschaftlichen Organisationen Verhandlungen wegen einer Sonderumlage für Hafer geführt. Diese anerkannten die Notlage und erklärten sich mit der Aufbringung des dringendsten Haferbedarfs im Wege einer Umlage einverstanden. Im Dezember wurde im ganzen Reich eine Umlage von 4—8 Ztr. auf das Hektar angeordnet, unter gleichzeitiger Beibehaltung des Bezugsscheinverkehrs. Die württ. landwirtschaftl. Organisationen erklärten sich zur Mitwirkung bei einer etwaigen Landesumlage bereit. Nachträglich bereitet eine dieser Organisationen der Durchführung dieser Umlage, die hinter der beabsichtigten Landesumlage erheblich zurückbleibt, Schwierigkeiten.

Steuern und Abgaben durch die Gemeinden.

Stuttgart, 22. Jan. Nach einem Erlaß der Ministerien der Finanzen und des Innern können die Gemeinden bei Anträgen auf Einführung einer Besteuerung der Kraftfahrzeuge nicht auf Genehmigung der Reichsbehörden rechnen, ebenso nicht bei der Mobiliarsteuer. Einer Steuer auf Hausangestellte und auf das Halten von Fahrrädern und von Klavieren stehen wegen der notwendigen Steuerbefreiungen und ihres im Verhältnis zu den Kosten ihrer Veranlagung und Erhebung geringen Ertrags Bedenken entgegen. Auch einer Besteuerung des Innehabens überzähliger Wohnräume (Wohnungsluxussteuer) kann im Hinblick auf die schwebenden Maßnahmen für Beschaffung von Wohnräumen nicht näher getreten werden.

Frankreichs Kulturschande. — Deutsche Demütigung.

Zu dem Richterpersonal des französischen Appellationsgerichts in Landau gehört ein schwarzer Oberleutnant. Ueberall ist der Schwarze wegen seiner Roheit verachtet, in den Ver. Staaten darf kein Schwarzer mit den Weißen zugleich in der Straßenbahn fahren oder in einem Hotel wohnen, nirgends in England gibt es Schwarze in irgend einer gehobenen Stellung, ebenso nicht in Frankreich, aber in Deutschland setzt Frankreich Schwarze als Richter gegen Deutsche ein. Das ist französische Niedertracht, die nur darauf ausgeht, Deutschland auch moralisch zu demütigen.

Einführung der wöchentlichen Lohnzahlung bei der Post ab 1. Februar 1921.

Nach dem neuen Tarifvertrag vom 10. Dezember 1920 muß auch bei der Postverwaltung mit der wöchentlichen Lohnzahlung begonnen werden. Der erste Lohnzahlungstag wird der 4. Februar sein. Auf Wunsch der Betriebsräte sind, falls die Vorbereitungen nicht beendet sind, an den ersten Zahltagen Abschlagszahlungen zu leisten. Das neue Zahlungsverfahren entspricht den Wünschen der Lohnempfänger nach einer den Lohnzahlungsverhältnissen im freien Erwerbsleben angepaßten Entlohnungsart.

Das „gefährliche" Schulturnen in der Pfalz.

Die engherzige Auslegung des Friedensvertrags durch unsere ehemaligen Gegner kommt in einem kürzlich vom französischen Oberdelegierten für die Pfalz, General de Metz, an den Regierungspräsidenten in Speyer gerichteten Schreiben zum Ausdruck, in dem alle einfachsten Ordnungsübungen, wie sie beim Antreten, Wechseln der Turngeräte und Spielflächen, Aufstellen in Reihen oder Gruppen, beim Abzählen u. a. unentbehrlich sind, den Schulen und Vereinen als ein Verstoß gegen Artikel 177 des Friedensvertrages verboten werden. Da diese Auffassung mit einer Entscheidung der interalliierten Rheinlandskommission über das Schulturnen im Widerspruch steht, richtet der deutsche Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete an den Präsidenten der interalliierten Kommission die Bitte um Rücknahme der Verfügung. Dieses Gesuch wurde jedoch mit der Begründung abgelehnt, daß der Delegierte für die Pfalz seine Rechte nicht überschritten habe, da die von ihm bezeichneten Uebungen zu den vom Artikel 177 vorgesehenen gehören.

Artikel 177 besagt: „Die Unterrichtsanstalten, Universitäten, Kriegervereine usw., Vereinigungen jeder Art, ohne Rücksicht auf das Alter ihrer Mitglieder, dürfen sich mit keinen militärischen Dingen befassen. Es ist ihnen namentlich untersagt, ihre Mitglieder in Waffenhandwerk oder im Gebrauch von Kriegswaffen auszubilden oder zu üben oder ausbilden oder üben zu lassen." Angesichts der Entscheidung der Rheinlandskommission, die das einfachste Schulturnen militärischen Uebungen gleichstellt, wäre es schwer, ernst zu bleiben, wenn nicht auch sie den fanatischen Haß und die Sucht der Franzosen, jedes Wiederaufleben deutscher Kraft im Keime zu ersticken, aufs neue beweisen würde.

Keine Reichsmittel für den Wohnungsbau.

Von zuständiger Seite wird uns geschrieben:

Eine durch die ganze Presse gehende Mitteilung, wonach im Haushaltsausschuß des Reichstags 925 Millionen Mark neue Mittel für den Wohnungsbau verwilligt worden sein sollen, ist geeignet, in den beteiligten Kreisen völlig unbegründete Hoffnungen zu erwecken. Tatsächlich hat es sich bei der betreffenden Ausschußverhandlung um die nachträgliche haushaltsplanmäßige Verwilligung von Mitteln gehandelt, die im Jahre 1920 bereits ausgegeben worden sind. Nach den bestimmten Erklärungen des Reichsfinanzministers ist für das Rechnungsjahr 1921 mit neuen Reichsmitteln für den Wohnungsbau nicht zu rechnen, vielmehr müssen die Mittel zur Förderung des Wohnungsbaus künftig ausschließlich von den Ländern und Gemeinden gewährt und von den Steuerzahlern durch besondere Abgaben aufgebracht werden.

Sollte die Verabschiedung eines Reichs-Wohnungsabgabegesetzes in absehbarer Zeit nicht gelingen, so ist in Württemberg mit einem selbständigen Vorgehen der Regierung zu rechnen. Diese ist überzeugt, daß die Förderung des Wohnungsbaus mit öffentlichen Mitteln auch im Jahre 1921 im Interesse der Wohnungsuchenden und der Beschäftigung des das ganze Wirtschaftsleben wichtigen Baugewerbes unumgänglich notwendig ist. Auch der Landtag wird sich der Zustimmung zu der weiteren Belastung der Bevölkerung mit Abgaben, die selbst bei äußerster Sparsamkeit im Wohnungsbau die unvermeidliche Kehrseite der Maßregel bildet, wohl nicht entziehen wollen.

Beschlagnahmter polnischer Waffentransport.

Rybnik, 22. Jan. Der „Oberschlesische Wanderer" meldet: Gestern vormittag ist südöstlich Ruptau ein polnischer Waffentransport bei einer Streife der Abstimmungspolizei beschlagnahmt worden. Die sechs Begleiter, alles bekannte Polen aus Makkowitz, sind entflohen. Amtlich gibt die interalliierte Kommission hierzu bekannt: Heute wurden bei Rybnik durch interalliierte Truppen und die Abstimmungspolizei folgende Waffen beschlagnahmt: 13 Maschinengewehre, 20 Reserveläufe, 140 Kisten mit 56 000 Schuß Munition, 100 Handgranaten und 101 Wurfgranaten.

Der „Deutsche Streikschutz".

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände hat für die Mitglieder der ihr angeschlossenen Verbände den „Deutschen Streikschutz" als Entschädigungsgesellschaft für Streikverluste gegründet. Gegen den Jahresbeitrag von nur 1.50 Mark für je 1000 Mark der zuletzt bei der Berufsgenossenschaft angemeldeten Lohnsumme erhält der Versicherte schon vom ersten Tage an, sobald der Streik oder die Aussperrung länger als zwei Tage dauert, als Streikentschädigung normal 25 Prozent der ausfallenden Lohnsumme. Der Entschädigungsanspruch beginnt nach 90tägiger Mitgliedschaft. Nachzahlungen, durch die sich bei anderen Streikversicherungen die Beitragskosten auf den dreifachen Betrag erhöhen können, sind beim Deutschen Streikschutz ausgeschlossen. Ob ein Streik oder eine Aussperrung entschädigungspflichtig ist, entscheidet der Arbeitgeberverband, dem der Versicherte angehört. Das Eintrittsgeld beträgt die Hälfte des vollen ersten Jahresbeitrags. Der Deutsche Streikschutz ist ein Teil der machtvollen Organisation der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. Es haben sich bereits mehrere tausend Firmen, teils durch ihre Verbände korporativ, teils mit Einzelfirmen, dem Deutschen Streikschutz angeschlossen, so daß auch der Bestand, sowie die finanzielle Grundlage vollständig sichergestellt ist.

Der abgelieferte deutsche Schiffsraum.

Bis zum 31. Dezember sind an die Reparationskommission von Deutschland insgesamt geliefert worden: 2 054 429 Bruttoregister-Tonnen Schiffsraum. Davon 2 019 655 Tonnen Dampfer, 9450 Tonnen Schlepper, 25 323 Tonnen Segler. Deutschland hat noch zu liefern etwa 500 000 Tonnen Schiffsraum. Von dem abgelieferten Schiffsraum sind bisher 1 814 179 Tonnen folgendermaßen verteilt worden: An England 1 177 939, an Frankreich 165 924 Tonnen, an Italien 127 902, an Japan 28 678 Tonnen, an Belgien 15 831 Tonnen. Der Dampfer „Tirpitz" mit 20 000 Tonnen ist jetzt fertig gestellt worden und wird im Laufe des Jahres abgeliefert werden.

Ausland.

Innsbruck, 22. Jan. Der Tiroler Landtag beschloß, daß falls die Bundesregierung die Abstimmung für die Frage des Anschlusses an Deutschland nicht vor Anfang März anordnet, diese Abstimmung von Tirol allein durchgeführt werden würde.

Mailand, 22. Jan. Amtlichen Mitteilungen zufolge erfolgt in Italien die Beschlagnahme jener deutschen Privatvermögen, welche 50 000 Lire übersteigen, nur provisorisch. Sowie Deutschland die im Versailler Vertrag vorgesehene Entschädigung an Italien bezahlt haben werde, würde die Beschlagnahme aufgehoben werden.

London, 22. Jan. Die Times melden, daß die deutsche Antwort auf die 41 von den alliierten Finanzsachverständigen den deutschen Sachverständigen in Brüssel unterbreiteten Fragen von den alliierten Vertretern im ganzen als sehr befriedigend angesehen wird, da die Reparationsfrage aus dem Reich der Theorie in das Reich der harten Wirklichkeit dringe.

Newyork, 21. Jan. Hoover erklärte in einer vor dem Kaufmannsverband gehaltenen Rede, die Welt leide an Ueberproduktion und Unterverbrauch. Ein Ausgleich könne nur stattfinden, wenn Amerika Europa auf einer ordentlichen und geeigneten Geschäftsgrundlage Unterstützung leihe. Es handelt sich nicht nur um die Frage der Einrichtung von Krediten, sondern um die Frage des Charakters der von Amerika gewährten Kredite. Nichts sei für die gesamte Wirtschaftslage der Welt gefährlicher als die weitere Gewährung von kurzfristigen Krediten. Die einzige Lösung seien langfristige Kapitalanlagen im Auslande.

Washington, 21. Jan. Der Vorsitzende des auswärtigen Ausschusses des Unterhauses, Porter, hat einen Gesetzesantrag eingebracht, der den Präsidenten ermächtigt, der portugiesischen Regierung Waffen und Munition zu liefern. Als Gegenleistung soll die portugiesische Regierung u. a. den Vereinigten Staaten die Erlaubnis erteilen, im Kriegsfalle eine amerikanische Flottenbasis bei Punta-Belgada auf den Azoren zu errichten.

Die betrogenen deutschen Rotarmisten.

Eine Anzahl Arbeiter, die in der „roten Armee" am Aufstand im Ruhrgebiet teilnahmen, müssen dieses Verbrechen schwer büßen. Sie flüchteten nach dem Zusammenbruch des Aufruhrs ins besetzte Gebiet, wo sie von der französischen Militärbehörde entwaffnet wurden. Viele von ihnen unterschrieben damals ein Verpflichtungsschreiben, dessen Inhalt sie nicht kannten. Man hatte ihnen hohen Lohn versprochen und ihnen erklärt, sie würden bei den Arbeiten zum Wiederaufbau Nordfrankreichs verwandt werden. Dann wurden sie nach Afrika gebracht, wo man sie zwangsweise in die Fremdenlegion einreihte. Alle Proteste der auf so schamlose Weise betrogenen deutschen Arbeiter haben bis jetzt nichts gefruchtet. Die Pariser „Humanite" veröffentlicht einen Notschrei der Betrogenen, die in Afrika elend zugrunde gehen.

Die vierzehn Kriegsursachen des Jahres 1921.

Paris, 21. Jan. Im Jahre 1921 liegen mehr Kriegsursachen vor, als im Jahre 1914! Das ist das Urteil von Prof. Schelle, des intern. Rechtes, über die gegenwärtige Lage. Er legt seine Ansichten in 14 Punkten dar:

1. Die Teilung der asiatischen Türkei birgt Möglichkeiten für einen sofortigen Konflikt, selbst unter den Alliierten. Vier oder fünf Nationen werden an diesem Kriege engagiert sein.
2. Die Konkurrenz auf dem Balkan ist erbitterter denn je.
3. Das Abkommen über das Saargebiet enthält Bedingungen, die in der Zukunft zu einem schweren Konflikt führen werden.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

4. Im Ruhrgebiet kann jeden Moment der Aufstand losbrechen.

5. Das Flickwerk der Rekonstruktionen von Polen, der Danziger Korridor und die Isolierung von Ostpreußen sind Wespennester von Unruhen.

6. Oberschlesien ist eine brennende Frage. Die Frage von Teschen hat Polen und die Tschechoslowakei in schärfsten Gegensatz gebracht.

7. Jugoslawien kann seine Einheit nicht vollenden.

8. Das reaktionäre Ungarn erwartet seine Stunde, um über die Nachbarn herzufallen.

9. Oesterreich kann nicht allein leben.

10. Bulgarien, verärgert und heimtückisch, plant eine Revanche.

11. Das größere Griechenland, errichtet durch den Vertrag von Sevres, ist eine absurde und unmögliche Vorstellung.

12. Rumänien ist bedroht durch seine Nachbarn an den bessarabischen und transsylvanischen Flanken.

13. Die englisch-amerikanische Rivalität kann folgenschwere Auswirkungen in der Zukunft haben.

14. Der Antagonismus zwischen Japan und Amerika ist ein weiteres böses Omen.

Ueber das ganze dunkle Bild wirft der Schatten des Bolschewismus noch düsteren Schein.

Englands Raub an der deutschen Familie.

Man schreibt uns aus Kreisen der Auslandsdeutschen: „Wiederholt gingen durch die Presse Nachrichten über die Fragen deutscher Möbel in England. Ein Abkommen, welches tatsächlich vor kurzem in London unterzeichnet worden ist, soll demnächst den deutschen und englischen Parlamenten zur Ratifikation vorgelegt werden. Die Verhandlungen darüber mit den Interessenvertretungen haben bei den geschädigten Auslandsdeutschen die Hoffnung erweckt, ihren gesamten Hausrat, den sie seit Jahren so bitter entbehrt haben, wieder zu erlangen. Jüngst eingetroffene Nachrichten lassen leider befürchten, daß durch das Abkommen der weitaus größte Teil des deutschen Mobiliars in England versteigert und der englischen Willkür preisgegeben wird. Die Auslandsdeutschen sind daher der einmütigen Ansicht, daß die Ratifikation nicht erfolgen soll, da solche nur ein sie weiter schädigendes Ergebnis zeitigen kann, umsomehr, als sicherlich auch in England die weitesten Kreise den beabsichtigten Raub deutschen Hausrates nicht billigen werden.

Zur Reparations- und Entwaffnungsfrage.

Paris, 22. Jan. Die fünf Bedingungen, die in Berlin für die deutschen Jahreszahlungen gestellt wurden, werden von der gesamten Pariser Presse als unannehmbar bezeichnet. Höchstens die Herabsetzung der Kosten für die Besatzungstruppen sei durchführbar.

London, 22. Jan. Daily Expreß meldet: Bei der gestrigen Konferenz zwischen Lloyd George und Lord Curzon hat sich Lloyd George sehr anerkennend über die Rede Briands ausgesprochen. Frankreich sei irgendwelchen Zugeständnissen an Deutschland sowohl in der Entwaffnungsfrage als auch in der Frage der Reparation ausgesprochen feindlich gesinnt. Man erwarte jedoch in London, daß keinerlei ernste Differenzen entstehen werden. Die britische Regierung will in der Entwaffnungsfrage an Deutschland eine Note richten, in der der Berliner Regierung ein Termin festgesetzt wird, nicht nur zur Auflösung der regulären Armee, sondern auch der Einwohnerwehren in Ostpreußischen und Bayern. Frankreich werde vielleicht eine kürzere Zeitspanne als die britischen Delegierten wünschen. Es bestehe aller Grund zu der Annahme, daß die Alliierten den Vorschlag der Kommission, Deutschland 5 jährliche Zahlungen von je 150 Millionen Pfund Sterlinge aufzuerlegen, annehmen werde.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 22. Jan. Man schreibt uns: Der Reichsminister der Finanzen hat in seinem kürzlich an die Finanzämter ergangenen Erlaß den Beamten seiner Verwaltung strengstens untersagt, privatim Steuerpflichtigen bei Fertigung ihrer Steuererklärungen an die Hand zu gehen. Vielmehr sollen die betreffenden Personen, die irgend wie im Zweifel über ihre Aufgaben als Steuerpflichtige sind, sich des Rats der Beamten nur auf den Finanzämtern bedienen. Ausnahmen von Steuererklärungen in den Wohnungen der Steuerpflichtigen sind strengstens untersagt und können für den Beamten und Steuerpflichtigen nachteilige Folgen haben.

Ob eine derartige Verordnung, von solch starkem Eingriff in die privaten Rechte eines Beamten, der ohne Zweifel über seine Freizeit im gesetzlichen Rahmen selbst verfügungsberechtigt ist, mit der „freiesten Verfassung der Welt" wie wir sie haben, im Einklang steht, oder nicht, soll hier nicht untersucht werden. Ebensowenig soll nach dem Grund der Verfügung geforscht werden. In der heutigen Zeit, wo die Bezahlung des Beamten derart schlecht ist, daß er kaum sein Leben fristen kann, wird dieser jedenfalls von gewissenlosen Elementen mißbraucht zu werden versucht. Mag sein, daß dieser Umstand zu genanntem Verbot beigetragen hat. Leider liest man da u. dort von Beamtenbestechungen. Zur Ehre unserer württembergischen Finanzbeamten kann aber festgestellt werden, daß in ihren Kreisen noch kein Fall von Bestechung vorgekommen ist. Wenn also, was die württembergische Beamtenschaft anbelangt, ein für sie schwerwiegender Grund zu der besprochenen Verordnung nicht festgestellt werden kann, so kann sie diese trotzdem nur begrüßen. Unsere Finanzbeamten sind heute vor fast unlösbare Aufgaben gestellt. Daß die dienstliche Anforderung mehr als normale Menschenkraft verlangt, kann im Hinblick auf die zahllosen Steuergesetze, die jeweils von Novellen auf Novellen ergänzt werden, jeder Laie begreifen. Nun sollte man in der geringen Freizeit die Beamten nicht auch noch mit allerlei dienstlichen Anfragen belästigen, sondern ihm seine gewiß nötige Ruhe gönnen. Der Steuerzahler muß einsehen, daß die Nervenkraft des Beamten auch einmal erschöpft ist, und daß er seine Erholung dringend nötig hat. Wir empfehlen daher dringend, von Herbeiziehung von Beamten zu Beratungen privater Art abzusehen, nicht blos des Verbotes der Behörde wegen, sondern im Interesse der Gesundheit der Beamten. Schließlich sollten sich eben die einzelnen Steuerpflichtigen selbst helfen und wenn sie ihrer Pflicht nicht nachkommen können, sich auf den Finanzämtern befragen. Dort wird ihnen anstandslos Auskunft erteilt und beigestanden werden.

Neuenbürg, 21. Jan. (Warum werden die 50 Markscheine eingezogen?) Bekanntlich werden die 50 Markscheine vom 30. November 1918 nach einem Beschlusse des Reichsrats eingezogen und zwar deshalb, weil Fälschungen in großem Maßstab bei diesen Scheinen festgestellt worden sind. Die Reichsbank hat bisher nicht weniger als neun Millionen Mark Ersatz leisten müssen.

Maisenbach, 21. Jan. Im verflossenen Jahre betrug die Regenmenge im Januar 130 Ltr., im Februar 49 Ltr., im März 41 Ltr., April 63 Ltr., Mai 102 Ltr., Juni 77 Ltr., Juli 104 Ltr., August 58 Ltr., September 125 Ltr., Oktober 29 Ltr., November 33 Ltr., Dezember 30 Ltr. Im Jahre 1919 betrug die Regenmenge in den Monaten Juni 94 Ltr., Juli 154 Ltr., August 46 Ltr., September 126 Ltr., Oktober 49 Ltr., November 108 Ltr., Dezember 256 Ltr. Bei der Gegenüberstellung ergibt sich, daß das Jahr 1920 vorwiegend trocken war gegenüber dem Jahre 1919, besonders die beiden Monate November und Dezember zeigen dies deutlich.

Einiges zur Saatkartenausstellung.

Der Saatgutverkehr wurde in diesem Frühjahr erschwert durch die Bestimmung, daß alle Besteller, also auch die teilweisen Selbstversorger nur dann Sähfrucht erhalten, wenn sie zuvor das gleiche Quantum Brotgetreide an den Kommunalverband abgeliefert haben. Dadurch haben viele Besteller kleiner Wirtschaften von dem Bezuge von Sähfrucht abgesehen. Ob dies für die Volkswirtschaft von Vorteil ist, möchte ich dahingestellt sein lassen. Es soll nicht abgeleugnet werden, daß viele dieser Besteller nur deshalb Saatgetreide bezogen haben, damit sie mit ihren eigenen Vorräten weiter ausgereicht haben. Wir dürfen jedoch hiebei nicht außer acht lassen, welch großer Vorteil es für die Gesamtversorgung unseres Volkes ist, wenn gerade die kleinen Wirtschaften, die zum großen Teil aus Mangel an geeigneten Geräten und Maschinen der Sähfrucht nicht die Beschaffenheit geben können, die unbedingt notwendig ist, um mit einer guten Ernte rechnen zu können, einwandfreies Saatgut geliefert bekommen. Wer die Verhältnisse kennt, und ich nehme an der Kommunalverband, hat hierin hinreichend Erfahrung, der wird mir beistimmen müssen, von welch schlechter Beschaffenheit zum Teil das in kleiner Wirtschaft erzeugte Getreide ist. In unserer Gegend aber, wo der Acker durch Feldgraswirtschaft und Breitsaat ohnehin stark zur Verunkrautung neigt, kann durch Aussaat verunkrauteten Saatgutes die Ernte geradezu in Frage gestellt werden. Auf Jahre hinaus kann ein solcher Acker verunkrautet sein, und der Schaden, der hieraus entsteht, kann den Nutzen, den der beschränkte Saatgutverkehr mit sich bringen soll, weit überwiegen. Was nützt alle Aufklärung über Unkrautbekämpfung, was hilft alle Unkrautbekämpfung überhaupt, wenn wir dem Acker mit dem Saatgut das Unkraut selber zuführen? Es wäre daher zu bedenken, ob es von Vorteil ist auch von den teilweisen Selbstversorgern zu verlangen, daß sie vor Saatgutbezug dasselbe Quantum Brotgetreide abgeliefert haben, oder ob es nicht zweckmäßiger ist, ihnen das bezogene Saatgut auf ihre Brotversorgung anzurechnen und von einer Ablieferung abzusehen. Jedenfalls würde der Anreiz zum Bezuge von Saatgut erheblich größer sein und der Ausfall der Ernte würde dies Entgegenkommen reichlich lohnen. Dafür müßte allerdings Sorge getragen werden, daß nur soviel Saatgut bezogen wird, als der Besteller auch tatsächlich zur Saat nötig hat. Da die Vollselbstversorger neben ihrem Ablieferungssoll auch jetzt das bezogene Saatgetreide zuvor abliefern müssen, ist selbstverständlich und jeder gerecht denkende Landwirt wird sich dieser Maßnahme willig unterziehen, gilt es doch auch diejenigen mit Brot zu versorgen, die über keinen Grund und Boden verfügen.

Um etwaigen Mißverständnissen vorzubeugen sei noch bemerkt, daß Schreiber Vorstehendes bezw. dessen Vater Vollselbstversorger ist. J. Stoll.

Württemberg.

Calw, 22. Jan. (Normierung der Wohnungsmieten.) Unter dem Vorsitz von Stadtschultheiß Göhner tagte eine Kommission von Vertretern des Gemeinderats, des Haus- und Grundbesitzervereins und des Mietervereins und setzte folgende Mindestsätze fest: für ganz geringe Wohnungen 120 Mk., für geringe Wohnungen 150 Mk., für Wohnungen mittlerer Güte 200 Mark, für bessere 250 Mark und für besonders schöne 300 Mark für das Zimmer jährlich. Diese Mindestsätze sollen gelten, bei einer Gemeindeumlage bis zu 35 Prozent.

Stuttgart, 22. Jan. (Landwirtschaftliche Woche.) Der Landwirtschaftliche Hauptverband für Württemberg u. Hohenzollern veranstaltet vom 27. Februar bis 2. März hier eine landwirtschaftliche Woche. Bei den Mitgliederversammlungen im Sieglehaus und Stadtgarten halten Vorträge die Professoren Dr. Römer-Hall und Sohnle-Hohenheim, ferner Gutsbesitzer Dr. Frank. Außerdem finden Versammlungen der Grundbesitzer-, Tabakbauer-, Schäferei- und Hausfrauenverbandes statt, ebenso Versammlungen verschiedener Vereine (Kleinbrenner, fand- und forstwirtschaftliche Körperschaftsbeamte, Reformbund der Gutshöfe).

Leonberg, 22. Jan. (Pferdemarkt.) Der altbekannte hiesige Pferdemarkt findet am 8. Februar statt. Auch eine Rassengeflügel- und Kleintierzuchtschau soll damit verbunden werden.

Asperg, 23. Jan. (Entlassen.) Der an dem Streik im vorigen August beteiligt und einige Tage verhaftet gewesene unabhängige Gemeinderat, Eisenbahnbetriebssekretär Schüle ist aus dem Staatsdienst entlassen worden.

Klein-Eislingen, 22. Jan. (Die Finanznot.) Die hiesige Gemeinde hat für 1920-21 einen Abmangel von 278 645 M. Umlage von 71,4 Przt. Kataster erhoben werden. Da aber eine Umlage in solcher Höhe nicht gut erhoben werden kann, ist lt. „Gevp. Ztg." an den Steuerverteilungsausschuß in Stuttgart die Bitte gerichtet worden, der hiesigen Gemeinde aus dem Ausgleichsstock einen so hohen Betrag zu verwilligen, daß die bisherige Umlage, die voriges Jahr 20,1 Prozent betragen hat, nicht auf eine unerträgliche Höhe gesteigert werden muß.

Geislingen a. St., 22. Jan. (Oedenturmspende.) Das Stadtschultheißenamt erläßt einen Aufruf zur Haussammlung von Gaben zum Wiederaufbau des bei einem Wintergewitter durch einen Blitzstrahl in Brand gesteckten alten Wahrzeichens von Geislingen, dem Oedenturm.

Laupheim, 22. Jan. (Zur Warnung.) Ein Dienstbote hatte die Anmeldung eines Dienstboten unterlassen; der Dienstherr wurde vom Versicherungsamt mit 5 Mark bestraft und mußte dazu 475 Mark Beiträge zahlen. Die äußerste Beitragsstrafe wäre 770 Mark gewesen. Daher Augen auf oder den Geldbeutel!

Leutkirch, 22. Jan. (Gegen Preistreiberei bei Eiern.) Das Amtsgericht macht bekannt, daß es nach sorgfältiger Prüfung mit Sachverständigen zu dem Ergebnis gekommen

Ein Frühlingstraum.

Eine Erzählung aus dem Leben von Fr. Lehne.

57. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Ein tiefer Seufzer hob seine Brust und sie sah eine Träne auf die Tischplatte fallen. Ihr heißer fliegender Atem streifte da seine Wange; hastig drehte er sich um und sprang sofort auf, als er seine Frau neben sich gewahrte. „Du hier?" stieß er mühsam hervor. Sie senkte die Augen. „Warum wundert Dich das so?" fragte sie leise.

„Ich kann mir Deine Anwesenheit hier nicht anders erklären, als daß Du Deinem Benehmen von vorhin die Krone aufsetzen willst dadurch, daß Du mir nachspionierst!" Sie zuckte bei diesen Worten leise zusammen und sagte leise „— und wenn ich Dir nur „Gute Nacht" sagen wollte —?"

„Das glaube ich nicht," sagte er verächtlich, „Du bist so oft schon ohne den Gruß schlafen gegangen!"

Mit einem raschen Griff hatte sie da das Bild erfaßt, warf einen Blick darauf und hielt es triumphierend in die Höhe.

„Wenn Du mir Spionage vorwirfst, mein Freund, so ist sie auch von Erfolg gekrönt! Siehe das Bild des engelgleichen Wesens! Also habe ich recht, und ich bin eine arme betrogene Frau — Du bist so über die Maßen falsch und dabei gebärdest Du Dich als so sittenstrenger Mann —"

„Gabriele, mache mich nicht rasend! Augenblicklich legst Du das Bild hin und verläßt mich, wenn ich mich nicht vergessen soll," befahl er zitternd vor Erregung, und da sie zögerte — „gib das Bild zurück — o, an Deiner Stelle würde ich mich tief in die Seele hinein schämen."

„Da hast Du Dein Liebchen, rief sie höhnisch, das Bild zerknitternd und es ihm wuterfüllt vor die Füße werfend, indem sie darauf trat, „da nimm!"

Mit einer gebieterischen Bewegung streckte er die Hand nach der Tür. „Hinaus mit Dir, Elende!"

Da war es um ihre Selbstbeherrschung geschehen. Drohend hielt sie ihm die Hand vor das Gesicht und stieß mit vor Wut erstickter Stimme hervor: „Du — Du wagst es, mir die Tür zu weisen, die Tür meines Hauses, hast Du denn überhaupt ein Recht dazu, ein Recht auf alles, was sich hier befindet? Was wärest Du denn, wenn Du mich nicht hättest —"

„Jedenfalls wäre ich ebenso glücklich, wie ich jetzt elend bin in dem Besitze eines Weibes, das so gänzlich bar alles Zart- und Ehrgefühls ist, da —"

Da lachte sie schallend auf; „das ist ja köstlich," rief sie höhnisch, „köstlich, daß Du — Du stets das Wort Ehre im Munde führst, der Du selbst keine hast —"

„Wenn Du nicht sofort schweigst, vergesse ich trotzdem, daß ich mit einer Unzurechnungsfähigen zu tun habe," und unwillkürlich hob er den Arm.

„Recht so, recht so — schlage mich, das fehlte noch," rief sie gellend. „Oder ist es etwa ehrlich gehandelt, wenn man ein Mädchen heiratet, um sich durch dessen Geld vor der öffentlichen Brandmarkung zu retten? Glaubst Du, ich wüßte nicht, daß der stolze strenge Wolfsburg der Sohn — eines Fälschers ist?"

„Weib, Du —" mit rauher Hand faßte er da ihren Arm, daß er rote Flecken aufwies.

„Ja, freilich," fuhr sie fort, sich von ihm befreiend und wie eine Bacchantin den Kopf zurückwerfend, „ja, freilich, dazu war mein Geld gut, jenen Betrug zu verbergen! — Nach meinem Herzen hast Du nie gefragt — meine Liebe hast Du zurückgewiesen, mit Füßen getreten und die Deinige meiner Putzmacherin geschenkt! Und dabei führst Du stets das Wort Liebe, Treue und Ehre im Munde! Die Welt würde große Augen machen, wenn sie erführe, daß die stolzen Wolfsburgs ehrlos sind! — — Aber Papa werde ich erzählen, wie Du mich behandelst, und was Du für ein undankbarer Mensch bist. — Auf den Knien müßtet ihr uns danken, daß wir Euch vor dem Zuchthause bewahrt haben," schrie sie gellend, sinnlos vor Wut.

Wie von einem Peitschenhiebe getroffen, zuckte da Wolfsburg zusammen. Totenbleich war sein Gesicht; er bebte am ganzen Leib; aber mit unnatürlich ruhiger Stimme sagte er:

„Ich habe Dich ausreden lassen, um Dich ganz Deiner gemeinen Gesinnung und Denkungsart zu zeihen — einen anderen Ausdruck finde ich nicht. — Nun ich spreche jetzt," befahl er da, da sie bei diesen Worten auffuhr. „Also, gehe hin, erzähle von der Schande der Wolfsburgs, deren Namen ja Du und Dein Kind anträgt. Sage es Deinem Vater, wie unglücklich Du Dich bei mir fühlst! Sage ihm aber auch, daß Du die meine Schuld daran trägst. Ich habe Euch nie belogen! Wahrheitsgemäß habe ich damals Deinem Vater, als er mich zu sich bestellt und mich vor die Wahl gestellt hatte, entweder seine Tochter oder Bloßstellung, gesagt, daß ich bereits gebunden sei — er ging leicht darüber hinweg. Ich hatte Geld zur Einlösung jenes Wechsels geboten, die fragliche Summe hätte ich überall bekommen — umsonst. Dein Vater ging nicht darauf ein, weil Du mich wolltest! Er hatte kein Recht dazu, mich zu zwingen; denn jene Wechselgeschichte ging nur meinen Vater und mich an! In meiner Herzensnot ging ich auf jenen unglückseligen Schacher ein und brach dadurch ein treu liebendes Frauenherz —"

Gabriele lachte bei diesen Worten schrill auf; unbeirrt jedoch fuhr er in derselben ruhigen Weise fort. „Eigentlich könnte ich meine Worte sparen; es erniedrigt mich vor mir selbst, wenn ich mich gegen Dich verteidige. Aber da nun doch das Tischtuch zwischen uns zerschnitten ist, sollst Du erfahren, daß ich Dich durchschaue. Du in Deiner ganzen Erbärmlichkeit kennst

(Forts.)

Bezugspreis: vierteljährlich in Neuenbürg ℳ 18.75. Durch die Post im Orts- und Oberamts-Verkehr sowie im sonstigen inländ. Verkehr ℳ 18.60 m. Postbestellgeld.

Bei Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24 bei der Oberamts-Sparkasse Neuenbürg.

№ 19.

Deutschland

Stuttgart, 24. Jan. Der Beratungsstoff für eine längere Beratung, erst in etwa 8—10 Tagen zusammen.

Mainz, 23. Jan. Nach einer „Rhein" hat die Interalliierte Rheinl. Sitzung vom 18. Januar beschlossen, Technischen Nothilfe im besetzten Gebiet meinen Charakters dieser Einrichtung Betätigung durch ein Berliner Gesetz der Kontrolle der Besatzungsbehörden.

Breslau, 24. Jan. Sicherem beabsichtigt die internationale Kommission der Abstimmung in Oberschlesien Erlaubnisscheinen vollständig zu verzichten Erlaubnisscheine aufzuheben. Nur soll die Einreise gestattet sein.

Vorstandssitzung in der Landwirtschaftskammer.

Am 18. Januar 1921 hat die einer Vorstandssitzung u. a. auch Veranlagung zum Reichsnotopfer. zunächst eine vorläufige sein, die folgen. Den Steuerpflichtigen wird Veranlagung ein Steuerbescheid zu halb einer bestimmten Frist Einspruch Vorstand der Landwirtschaftskammer Entschiedenheit, daß vor der endgültigen Normalsätze für die Einschätzung mit wirtschaftl. Berufsorganisationen fest artet, daß das Landesfinanzamt trägt. Insbesondere wird er darauf lagung in Württemberg nicht einen angrenzenden Ländern und in Norddeutschland Landesfinanzamt seiner berechtigten tragen, dann lehnt der Vorstand daraus sich ergebenden nicht unbedingt stellt der Vorstand an die Landesregierung Aenderung der Bestimmungen über die meisten Teilselbstversorger die bezogene Saatfrucht das gleiche Ernteerzeugnissen abzuliefern. Auch die Haferzwangsbewirtschaftung bei

Das Selbstbestimmungsrecht

Dresden, 24. Jan. Die ohne Bestimmungsrechtes beraubten kleinen und Sandau haben erneut gegen das Oberste Rats protestiert und erklärt, General Marinus, Oberst Ententebotschafter in Berlin mit die Ehre und das Gerechtigkeitsgefühl gerichtet. Die drei Gemeinden sträuben gegen eine Einverleibung in die Tschechoslowakei unerhörter Weise die Deutschen in unterdrückt und geknechtet werden. alle anderen Grenzdörfer abstimmen im Friedensvertrag vorgesehenen

Die Organisation der deutschen

Auf Grund des bei den Unterhalten einer roten Armee am 19. d. Wilderfeld und Lünen bei Dortmund Materials und der Geständnisse ein weit die Ermittelungen bisher erg zu erachten, daß in Berlin eine mit Armee besteht, welche von der pol das Leben gerufen ist und die mehrere Kommandobehörden bildet. Stellen befindet sich in Essen. Unter Leitungen, nämlich in Essen, Remscheid die Kommandostellen für die entsprechenden. Der Bezirk Essen ist seinerseits Essen, Hamborn Dortmund, gegliedert zerfallen in Kreise mit Kreisstädten Organisationen mit Ortsstäben.

In der Gesamtorganisation 1920 in verstärkter Weise gearbeitet hat durchaus militärischen Charakter unmittelbar von der KPD. organisiert gewissermaßen als ein Staat im Finanzwesen, Arbeitswesen, Zivilverwaltung usw. Das Militärwesen teilt sich und in eine Militär-Abteilung. In eine Reihe von Akten aufgefunden militärische Organisation beziehen. heraus große Anzahl von Mobilmachungsorte Formationen, stenographischen Sammlungen, Nachrichten über Stärke als Feind bezeichnet wird, Meldung Überführer, über Zahl der Waffen Behörden, über Waffenlager usw. gefundenen Beweismaterial sind le sowie sonstiges Kriegsgerät in erheblichen aus einem Schriftstück ist zu erkennen Aktion im Anschluß an den Hamburger Arbeiter, der zum Generalstreik aufgerufen war. Auf Anweisung der

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw